

Umwelt & Energie

Aus der Sitzung der Deputation für Umwelt & Energie vom 28. Oktober 2010:

- +++ Gesplittete Abwassergebühr schafft Entlastung für Bürgerinnen und Bürger
- +++ Deichbeirat: Mehr Transparenz bei Gebührenverwendung in Bremerhaven +
- +++ Bremische Förderung für Ersatz von Elektroheizungen + + +



Jens Dennhardt,
umweltpolitischer
Sprecher der SPD-
Bürgerschaftsfraktion

Die Deputation für Umwelt und Energie hat in ihrer Oktober-Sitzung wichtige Beschlüsse gefasst, die zu mehr Transparenz und gleichzeitig Entlastung der Bürger führen werden. So hat die Deputation einer entsprechenden Gesetzesnovelle zugestimmt, mit der die Einführung zweier getrennter Entwässerungsgebühren einhergeht. Künftig werden die Kosten für die Abwasserbeseitigung für die Grundstücke ab 1.000 qm versiegelter Fläche in eine Schmutzwasser- und eine Niederschlagsgebühr aufgeteilt, die „gesplittete Abwassergebühr“. Dieses Gebührenmodell führt zu einer unkomplizierten Entlastung von Normalhaushalten und greift dabei einen verursachergerechten Ansatz auf, um Anreize für eine naturnahe Regenwasserversickerung zu schaffen und Flächen zu entsiegeln. Die Neuregelung war notwendig geworden, weil bundesweit Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichte die bisherige Regelung als unzulässig verworfen haben.

All diejenigen, die Beiträge zum Hochwasserschutz in Bremerhaven zahlen, können zukünftig auf mehr Transparenz und Beteiligung hoffen. Einem Bericht an die Mitglieder der Deputation für Umwelt und Energie zufolge wird jetzt ein Deichbeirats gegründet. Der Deichbeirat soll den Beitragszahlern Einblick in alle Hochwasserschutzmaßnahmen in Bremerhaven gewähren und ihnen gleichzeitig die Mitwirkung an den unterschiedlichen Belangen des Hochwasserschutzes ermöglichen. Die Auswahl der ehrenamtlich tätigen Beiratsmitglieder erfolgt durch ein Ausschreibungsverfahren. Eine entsprechende Satzung, die auch die Befugnisse der neuen Deichbeiräte regelt, haben die Deputierten ebenfalls verabschiedet.

Schließlich hat die Deputation der Neufassung der Förderrichtlinie „Ersatz von Elektroheizungen“ zugestimmt, um BürgerInnen, die auf klimaverträglichere Heizungsanlagen umstellen

Umwelt & Energie

möchten, Planungssicherheit zu geben. Die Änderung der Förderrichtlinie war notwendig geworden, da die schwarz-gelbe Bundesregierung entsprechende Förderprogramme mit Wirkung zum 1. September 2010 durch Umstellung auf Kreditförderung verschlechtert hat. Um den Bremerinnen und Bremern auch weiterhin einen Umstieg zu ermöglichen, wird dies jetzt wieder verstärkt durch Zuschüsse vom Land Bremen gefördert. Die Diskussion ergab jedoch, dass diese Förderung auf Grund der abnehmenden Anzahl der verbleibenden Elektroheizungen in Zukunft überprüft werden muss. Man sollte sich also als Betroffener jetzt die Förderung sichern.

Termin der nächsten Deputationssitzung:

Donnerstag, **25. November um 13 Uhr** beim Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa im Ansgaritorsaal.

Pressemitteilungen:

Pressemitteilung vom 23. September 2010

Falkenstraße bekommt jetzt komplett neuen Straßenbelag / Lärmschutz auch Am Wall



Ulrike Hiller

Gute Neuigkeiten für die Anwohner der Falkenstraße: Wie die örtliche SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Ulrike Hiller erfahren hat, kann jetzt auch das restliche Straßenpflaster gegen einen „leisen“ Asphaltbelag ausgetauscht werden. Umwelt- und Baudeputationen haben entsprechende Beschlüsse gefasst, nachdem die Finanzierung der Bauarbeiten jetzt gesichert ist. „Es ist schon eine merkwürdige Situation gewesen, dass die eine Fahrbahn einen neuen Belag bekommt, die andere aber nicht. Ich freue mich für die Anwohner der Falkenstraße, dass der alte Straßenbelag nun komplett erneuert werden kann“, so Ulrike Hiller. So könne die Zahl der Betroffenen, die nachts einem Lärmpegel von mehr als 60 dB(A) ausgesetzt sind, weiter gesenkt werden. Bei dem zusätzlichen Bauabschnitt handelt es sich um den Bereich der Falkenstraße stadteinwärts vom Kaufmannsmühlenkamp bis zur Bürgermeister-Smidt-Straße. Die rund 250.000 Euro teure Lärmschutzmaßnahme wird möglich, weil die bishe-

Umwelt & Energie

rigen Bauarbeiten weniger gekostet haben als geplant und an anderer Stelle der Stadt ein Projekt entfallen ist. Der neue Straßenbelag soll Ende des Jahres fertig sein. Durch frei werdende Mittel kommt auch Bewegung in die geplante Sanierung der Straße Am Wall zwischen Doven- und Abbentorswallstraße. Dort wollen hanseWasser und ASV gemeinsam den über 100 Jahre alten Mischwasserkanal und die Fahrbahn erneuern. Die nächtliche Belastung der Anwohner durch den Straßenverkehr soll so ebenfalls spürbar gesenkt werden.

Pressemitteilung vom 21. September 2010

Nordstraße / Waller Ring: Bessere Ampelschaltung soll Stickstoffdioxid-Belastung vermindern



Jürgen Pohlmann

Zuviel Stickstoffdioxid in der Luft am Verkehrsknoten Nordstraße / Waller Ring: Die Belastung der Anwohner mit dem Schadstoff soll nun durch eine verbesserte Schaltung der Ampeln in diesem Bereich reduziert werden. Die Umweltdeputation habe den Planungen am Donnerstag zugestimmt, so der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Jens Dennhardt.

Auf Initiative des Waller Umweltdeputierten Wolfram Kaiser (SPD) hatten Gutachter einen Vorschlag des Amtes für Straßen und Verkehr für eine veränderte Steuerung der Lichtsignalanlagen unter die Lupe genommen - und waren zu dem Ergebnis gekommen, dass durch einen besseren Verkehrsfluss auf der Nordstraße die Emissionen tatsächlich gesenkt werden könnten. Die Änderungen sollen Rest-Staus von Lastwagen, die trotz grüner Welle auftreten, verhindern helfen. „Mir ist wichtig, dass die Wirksamkeit dieser Maßnahme kontinuierlich unter realen Bedingungen überprüft wird“, so Dennhardt. Auch die weitere Entwicklung des Lkw-Verkehrs auf der Nordstraße müsse man aufmerksam verfolgen. Eine drei Meter hohe Schutzwand entlang der Wohnbebauung, durch die der Stickstoffdioxid-Grenzwert eingehalten werden könnte, sei an dieser Stelle städtebaulich problematisch, ergänzte Wolfram Kaiser. Jetzt müsse man sehen, ob durch die optimierte Ampelschaltung der Grenzwert ebenfalls auf Dauer unterschritten werden kann. Nach etwa einjährigem Betrieb müsse genau untersucht werden, ob sich die Luftqualität für die Anwohner der Nordstraße nachdrücklich verbessert habe, so auch der Waller SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Jürgen Pohlmann.

Umwelt & Energie

Besucher willkommen!

Die Bremische Bürgerschaft kommt jeden Monat an drei aufeinander folgenden Tagen zusammen. Dienstag tagt die Stadtbürgerschaft, Mittwoch und Donnerstag sind Landtagssitzungen. Sie können uns gerne unter der Telefonnummer 0421 – 336 77 15 anrufen, um sich für eine Sitzung als Besucher anzumelden.

Termin **Stadtbürgerschaft**: Di. 09.11.2010 14:00 - 19:00 Uhr

Termine **Landtag**: Mi. 10.11.2010 und Do. 11.11.2010 jeweils 10:00 - 18:00 Uhr

Rede im Wortlaut:

Debatte zum Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

„Keine Kohlendioxid-Endlager in Bremen“ (Landtagssitzung vom 20.05.2010)

Jens Dennhardt: „[...] Unsere Zukunft liegt in den erneuerbaren Energien, das zeigt nicht zuletzt die aktuelle Arbeitsmarktentwicklung in Bremerhaven während der aktuellen Krise. Kohlendioxid-Endlager sind auf absehbare Zeit in keiner Weise als Nachweis zur CO₂-Reduzierung geeignet. Wir müssen CO₂ nicht sammeln, sondern deutlich verringern! [...]“

Gesamt Rede im Wortlaut: <http://www.spdfraktion-bremen.de/koepfe/person/6/reden>

Politische Initiative

Am 15. September hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion einen Antrag eingebracht, in dem der Senat aufgefordert wird sicherzustellen, dass das erfolgreiche Instrument der Darlehensförderung so bald wie möglich auch auf Pilotprojekte zur Förderung angewandter Umwelttechnologien (PFAU) ausgedehnt wird. Der Antrag mit dem Titel „Instrument der Darlehensförderung möglichst umfassend nutzen“ kann auf <http://spdfraktion-bremen.de/aktuelles/initiativen> nachgelesen werden.

Umwelt & Energie

Aus der Bremischen Bürgerschaft:

Stadtbürgerschaft am 25. August 2010

+++ Aktuelle Stunde zur Abwasser GmbH +++

„Um das hier klarzustellen: Wasser und Abwasser sind für die Sozialdemokratie eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unabhängig davon, ob wir im Ergebnis der bremischen Wirtschaft den Vorsteuerabzug ermöglichen können, oder nicht! Eine weitere materielle Privatisierung ist von der SPD weder für Bremen gewollt, noch wollen wir sie durch unseren Vorsteuerabzug anderswo auslösen!“ Im Übrigen könne man bereits eine Annäherung der Gebühren für alle – also private Verbraucherinnen und Verbraucher und die bremische Wirtschaft – an die Gebühren in anderen deutschen Städten verbuchen. Denn in Verhandlungen mit hanseWasser konnte zwischenzeitlich eine Senkung der Abwassergebühren erreicht werden. „Damit hat der rot-grüne Senat zunächst einmal gegenüber allen Wort gehalten“, so der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Jens Dennhardt in der heutigen Aktuellen Stunde der Stadtbürgerschaft. Eine weitere Kostensenkung für die bremische Wirtschaft ließe sich erzielen, wenn der hier in Rede stehende Vorsteuerabzug ermöglicht würde. Diese Chance für den Wirtschaftsstandort müsse ergriffen werden, allerdings nur, wenn sie sich ohne Schaden nutzen ließe. „Wenn wir den Vorsteuerabzug ermöglichen, darf dies in keinem Fall zu einer Verteuerung für die privaten Haushalte in Bremen führen“, so Dennhardt. Darüber hinaus werde die Bremer SPD sehr genau darauf achten, dass die Entscheidungen Bremens nicht bundesweit mit der Umsatzsteuerpflicht für die öffentlich-rechtlich organisierte Abwasserwirtschaft – also eine Gebührenerhöhung um 19 Prozent – bezahlt werden müsse. Auf diese Gefahr hatten verschiedene Fachverbände bis hin zum Städte- und Gemeindeverbund in den letzten Wochen aufmerksam gemacht. „Der Senat muss diese Befürchtungen daher zweifelsfrei auch im Gespräch mit den Absendern dieser kritischen Schreiben ausräumen.“ Gleiches gelte für etwaige finanzielle Risiken, die aus einer möglichen kartellrechtlichen Überprüfung erwachsen. „Eine Risikoabschirmung von hanseWasser kommt deshalb für uns überhaupt nicht in Frage. Im Gegenteil, wenn unsere Zusammenarbeit mit hanseWasser erfolgreich sein soll, muss hanse-

Umwelt & Energie

Wasser gegebenenfalls auch eindeutig für kartellrechtliche Risiken geradestehen. Bremen kann ein solches Haushaltsrisiko nicht alleine tragen!“

Landtag am 29. September 2010

+++ Am Atomausstieg festhalten +++

Vor zwei Tagen haben Kabinett und Bundestagsfraktionen von Union und FDP dem neuen so genannten Energiekonzept zugestimmt. 14 Jahre länger als bisher geplant wird demnach der Atomstrom die Leitungsnetze für die Einleitung von Strom aus erneuerbaren Energien blockieren. Der umwelt- und energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jens Dennhardt, brachte es auf den Punkt: „Dieses Konzept stellt gerade auch CDU und FDP im Nordwesten vor ein gewaltiges Glaubwürdigkeitsproblem. Nun werden Sie es doppelt schwer haben, den Beschäftigten in der bisher krisenfest wachsenden Windenergiebranche vorzugaukeln, dass Sie sich ernsthaft für die Windenergie einsetzen. Und liebe Bürgerinnen und Bürger, lassen Sie sich nicht weismachen, dass es hier um Umwelt- oder gar Verbraucherschutz geht! Schon jetzt geben die Atomkonzerne die Kostenvorteile, die ihnen gewährt wurden, nicht an die Verbraucherinnen und Verbraucher weiter.“ Der Atomkonsens sei ein hohes Gut für die Energiewirtschaft. „Er gibt in Verbindung mit den klimapolitischen Zielsetzungen eine klare Orientierung für Investitionen in unsere energiepolitische Zukunft. Was die schwarz-gelbe Bundesregierung hier anrichten will, ist auch wirtschaftspolitisch ein Scherbenhaufen“, so Dennhardt. Der vorliegende Antrag von Rot-Grün Sorge nun dafür, dass der Senat alle rechtlichen Mittel gegen die Laufzeitverlängerung einlegen könne. „Führende Verfassungsrechtler halten das Vorgehen der Bundesregierung für verfassungswidrig, weil sie den Atomkonsens ohne Beteiligung des Bundesrates aufkündigen will. Eigentlich sieht das auch Bundesumweltminister Röttgen so, wenn man den Veröffentlichungen insbesondere vor dem Abschluss des Atomdeals glauben darf. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden jedenfalls alles tun, um den Deal von Merkel und den Atomkonzernen platzen zu lassen!“

Rot:Heute Express abbestellen:

Um diesen Newsletter abzubestellen, melden Sie sich bitte auf unserer Homepage ab: <http://spdfraktion-bremen.de/xpress>